

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Vändchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Vändchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 140.

Dienstag den 30. November 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Auf der Londoner Konferenz soll auch die Volksabstimmung in Oberschlesien besprochen werden.

— Nach einer Meldung aus Karlsruhe sollen sämtliche schwedischen Truppen aus der Rheinpfalz weggezogen und ausschließlich durch weiße französische Besatzung ersetzt worden sein.

— Die belgische Regierung verlangte die Zwangsrequisition der Deutschen in Eupen und Malmedy, widrigenfalls sie innerhalb eines Monats Belgien verlassen müssen.

— Der Fürstbischof von Breslau hat bei Strafe der Exkommunikation allen ober-schlesischen Geistlichen die Teilnahme an politischen Demonstrationen ohne die ausdrückliche Erlaubnis der zuständigen kirchlichen Behörde verboten.

— Laut „Echo de Paris“ hat Lloyd George den französischen Vorschlag, den auswärtigen Oberschleslern das Stimmrecht zu verweigern, abgelehnt.

— Der Führer der Sinnfälscherbewegung und „Vizepräsident der irischen Republik“, Griffith, ist den Engländern in die Hände gefallen.

Die preußische Verfassung.

— Berlin, 26. November 1920.

Die dritte Lesung in der Landesversammlung.

Nach nahezu zweijähriger Lebensdauer kommt die „Verfassungsgebende“ Preussische Landesversammlung allmählich zur Erledigung ihrer Hauptaufgabe, der Vollendung des Verfassungswerkes. Auf der Tagesordnung steht heute als einziger Punkt die dritte Beratung der Verfassungsvorlage. Es liegen eine große Anzahl von Änderungsanträgen vor. Die namentliche Schlussabstimmung soll Mitte oder Ende nächster Woche stattfinden. Zunächst findet eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Hauschild (Soz.) stellt im Falle der Ablehnung der „deutschnationalen Verschlechterungsanträge“ die Zustimmung seiner Partei in Aussicht. Abg. v. Aries lehnt im Namen der Deutschnationalen die Verfassung ab, weil sie das Rückgrat Preußens bricht. Der Redner verweist vor allem, daß die Erhaltung des preussischen Staatsgebietes verfassungsmäßig nicht festgelegt ist. Abg. Meyer-Franckfurt (Dem.) bemerkt demgegenüber, daß keinerlei Absicht bestehe, Preußen zu zerschlagen. Dagegen müsse man den Selbständigkeitsbestrebungen der verschiedenen Stämme ein Betätigungsfeld zuweisen.

Abg. Oppenhoff (Ztr.) erinnert noch einmal an die dauernde Zurücksetzung des Rheinlandes und richtet auch an die kommende Landtagsmehrheit die Bitte, sie möge den Provinzen nicht wieder eine Enttäuschung bereiten. Abg. Gohn (U. S. rechts) lehnt die Verfassung ab, da sie längst überholt sei. Alsdann weist der Minister des Innern Severing einige Vorwürfe zurück, die ihm wegen seiner Haltung in der Autonomiefrage gemacht worden sind.

Abg. Leidig (D. Sp.) macht die Haltung seiner Partei von dem Schicksal ihrer Anträge ab. An der Spitze des Staats müsse ein Staatspräsident, der aus der Wahl des ganzen Volkes hervorgehen müsse. Abg. Adolf Hoffmann (U. S. links) will von dem „traurigen Putschwerk“ nichts wissen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung wird ein Antrag der Rechten auf Einführung eines Staatspräsidenten abgelehnt. Die Bestimmung, nach der das Wahlrecht für die Soldaten ruht, wird gegen die beiden Rechtsparteien gestrichen. Für die Auflösung der Landtages wird gegen die drei sozialdemokratischen Gruppen folgende Bestimmung festgelegt: Die Auflösung erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten, den Landespräsidenten und dem Präsidenten des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid.

Am Dienstag will man die Beratung beenden und auch die namentliche Schlussabstimmung vornehmen. In demselben Tage wird auch über das Kirchenausweisgesetz namentlich abgestimmt.

Donnerabend 12 Uhr: Haushalt, Anträge.

— Berlin, 27. November.

Minister Stegerwald über die Wohnungsnot.

Das Haus genehmigte heute zunächst unter dem Protest der sozialistischen Parteien die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schulz-Riel (Soz.), dem vorgeworfen ist, sein Amt als Ernährungsminister und Leiter der Provinzialbeiratsstelle für Schleswig-Holstein mißbraucht zu haben, um sich zu bereichern.

Bei der zweiten Lesung des Haushalts für Volkswohlstand hielt Minister Stegerwald zum Kapitel Wohlfahrtsministerium eine längere Rede über die Wohnungsnot. Dieser traurigen Folgeerscheinung des Krieges kann nur durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Wohnungen und durch vermehrte Bautätigkeit begegnet werden. Ausnahmewohnungen müssen beschränkt wer-

den. Die Zwangseinquartierung darf aber nicht so rigoros erfolgen, daß das Familienleben allzu sehr beeinträchtigt wird. Unter Verwendung der Bauförderungsmittel von 1½ Milliarden wurden 1919 60 000 Wohnungen in Angriff genommen, aber nur 30 000 konnten fertiggestellt werden. Auch künftig werden wir ohne Forderungszuschüsse nicht auskommen. Die Finanzminister des Reiches und der Länder können aber da Milliardenmittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Deshalb kommt in Frage, ob durch eine Mietsteuer oder durch eine Grundsteuer geholfen werden kann. Der Ruhrverband hat schon erhebliche praktische Erfolge gehabt. Bisher hat er 3500 Wohnungen für Bergarbeiter geschaffen. Die Notlage der Hausbesitzer ist allgemein, auch in Ländern ohne Höchstmietsverordnungen. Ich wünsche nicht, daß die Hausbesitzer in Spekulationskulturen eintreten. Daran halte ich fest. Auf der anderen Seite können die Hausbesitzer und Hypothekenbanken in dieser Zeit der Volksverarmung nicht verlangen, daß ihnen ein unveränderter Wertzuwachs zusteht. Die Ausführung der Höchstmietsverordnung liegt bei den Mietsleistungsbürokraten, die pflichtgemäß allen Schwierigkeiten zum Trotz die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung bringen müssen. (Sehr richtig.)

Was die Volksgesundheit anbelangt,

so ist eine erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit im industriellen Westen wie im agrarischen Osten festzustellen. Immerhin ist die Zahl der Todesfälle im letzten Jahre noch wesentlich höher als vor dem Kriege. Erschreckend sind die Ergebnisse einer Untersuchung in einer Berliner Gemeindeschule. Hier ist festgestellt worden, daß von 650 Schülern und Schülerinnen nicht weniger als 118 tuberkulös waren. 45 starben im Laufe des Jahres an Entbehrungen, eine ganze Anzahl konnte wegen der Verarmung der Eltern nicht einmal die amtlich gelieferten Lebensmittel erhalten. Angesichts dieser Zustände habe ich es für notwendig gehalten, das Auswärtige Amt mit umfangreichem Material zu versehen, um es zum erfolgreichen Kampf

gegen die Ablieferung der Milchkuhe

zu befähigen. (Bravo!) Eingehende Aufmerksamkeit ist der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Anschluß an die Heeresauflösung gewidmet worden. Ebenso ist die Schulgesundheitspflege ausgebaut worden. Um die Einschleppung von Krankheiten zu verhindern, sind im Einvernehmen mit den Reichsbehörden Untersuchungsmaßnahmen für solche Einwanderer getroffen worden, die es verstanden haben, sich der Kontrolle zu entziehen. Die Bekämpfung des Schleichhandels in Betäubungsmitteln, wie z. B. Opium und Kokain, ist energisch in Angriff genommen worden. (Bravo!) Einer Reform bedarf vor allem auch die Fürsorgeerziehung. Wichtige Arbeit werden die demnächst zu errichtenden Jugendämter leisten. Wird die Wohlfahrtspolitik frei von jeder Parteipolitik betrieben, so ist die Staatspolitik in bestem Sinne. (Beifall.)

Abg. Haßbender (Ztr.) fordert erhöhte Zuwendungen für die Wohlfahrtsanstalten. Auf der anderen Seite müsse aber dem Wohlfahrtschwandel mehr als bisher zu Leibe gegangen werden.

Abg. Dr. Salomon (Dem.) bezeichnet es als verkehrte Sparpolitik und als Verbrechen, wenn bei den Ausgaben für die Volksgesundheit gespart wird. Für die Beseitigung der Wohlfahrt seien vor allem die Ertragnisse aus der Vermögenssteuer zu verwenden.

Der Sprecher der Unabhängigen Dr. Wehl verlangt Bereitstellung genügender Mittel für die Bekämpfung der Tuberkulose.

Frau Abg. Pochmann (D. Sp.) wiederholt die Bitte, die weiblichen Angestellten der Gewerbeaufsicht und nicht der Polizeiaufsicht zu unterstellen. Die Rednerin tritt weiter ein für die Einstellung von Frauen in die Regierungsämter.

Minister Stegerwald teilt sofort mit, daß eine vermehrte Berücksichtigung der Frauen im Gange sei. Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 26. November 1920.

Die Interpellation über den Berliner Elektrizitätsstreik.

Nach Erledigung einer kleinen Zahl unbedeutender Anfragen befaßt sich das Haus mit der deutschnationalen Interpellation über den Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter. Die Deutschnationalen fordern von der Regierung eine Verhinderung ähnlicher künftiger Streiks und die Aufrechterhaltung der Staatsautorität, sowie eine Ausgestaltung der Technischen Räte und die Erhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen wilde Streiks durch ein Gesetz. Verbunden mit der Aussprache wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die Verordnung des Reichspräsidenten billigt, aber ihre Aufhebung verlangt, da die Ordnung wieder herzustellen ist. Die Unabhän-

zigen verlangen bedingungslose Aufhebung der Verordnung. Die Regierungsparteien wollen die Aufhebung erst zulassen, wenn das angekündigte Schlichtungsgesetz erlassen ist.

Der deutschnationale Abgeordnete für Berlin, Berndt, begründet die Interpellation und richtet scharfe Angriffe gegen die Regierung, weil sie nicht mit der nötigen Entschiedenheit dem wilden Streik entgegengetreten sei. 1800 undisciplinierte und verheißene Arbeiter haben in frivoller Weise aus Nachlässigkeit und Eigennutz das ganze Wirtschaftsleben lahmgelegt und Leben und Gesundheit der Bevölkerung aufs Schwerste gefährdet. Die Regierung müsse in zukünftigen Fällen die Technische Räte sofort aufrufen.

Reichsminister Koch verliest eine schriftliche Antwort der Regierung, in der es u. a. heißt, daß der Reichsregierung bei dem föderalistischen Charakter des Reichs keine Mittel zum Einschreiten zur Verfügung ständen, es sei denn, daß der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 der Verfassung eine Ausnahmeverordnung erläßt. Als die Mittel der Landesregierung nicht ausreichten, dem Streik Einhalt zu gebieten, habe sich die Regierung diese Machtvollkommenheiten geben lassen. Daraufhin hat der Streik ein rasches Ende genommen. Ein Schlichtungsgesetz, das die Streitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben besonders behandeln soll, ist der Einbringung nahe. Sobald dieses vorliegt, wird die Verordnung des Reichspräsidenten durch ein Gesetz ersetzt werden. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, allen Versuchen einer Vergewaltigung des Volkes durch eine Gruppe politischer Unruhestifter mit aller Kraft entgegenzutreten. (Beifall.)

Bei der anschließenden Besprechung der Interpellation forderte der Mehrheitssozialist Hartleb (Soz.) die Aufhebung der Verordnung der Regierung, während die Abgg. Fleischer (Ztr.), Schirmer (Ztr. Sp.) und Riegler (Dem.) den Standpunkt der Regierung in vollem Umfange billigen. Hierauf wird die Aussprache abgebrochen und auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

— Berlin, 27. November.

Die Besprechung der Streikinterpellation.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Aussprache über die deutschnationale Interpellation wegen des Berliner Elektrizitätsstreiks und die damit verbundenen Anträge auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die wilden Streiks fort.

Der Redner der Deutschen Volkspartei Abg. M. recht bemängelte die schwache Haltung des Berliner Magistrats, die nicht scharf genug verurteilt werden könne. Die Verordnung des Reichspräsidenten dürfe nur durch ein Schlichtungsgesetz abgelöst werden.

Der linksunabhängige Mathy droht mit einem neuen Streik, falls die Maßregelung von 32 Arbeitern nicht rückgängig gemacht wird. Als der Redner gegen die Technische Räte schwere Vorwürfe erhob, verwies der Reichskommissar Künzler mit anerkennenden Worten auf die großen Leistungen dieser Organisation.

Der deutschnationale Abgeordnete für Berlin P. werranz billigte die Ausführungen der Regierung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den Worten von der „starken Hand“ auch die Taten folgen.

Nach weiteren kurzen Ausführungen der Abgg. Waigand (Soz.) und Moser (U. S. rechts), der die Behauptung aufstellt, daß die Elektrizitätsarbeiter mit einem Hungerlohn von 19 000 Mark nicht auskommen könnten, war die Interpellation erledigt. Die Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten wird am Dienstag stattfinden.

Die Londoner Beratungen.

Keine Revision des Vertrages von Sevres?

Die erste Besprechung zwischen Lloyd George und Pichoues hat am Freitag nachmittag stattgefunden. Die Beratung, der auch die britischen Minister Curzon und Bonar Law beizuhören, hat nur kurze Zeit gedauert.

Als Ergebnis dieser ersten kurzen Zusammenkunft gibt der regierungsoffizielle „Matin“ den Standpunkt Englands dahin wieder, daß Griechenland unter Konstantin nicht darauf rechnen könne, bei den Verbündeten dieselbe Unterstützung zu finden wie das Griechenland mit Venizelos. Das größte Mißtrauen sei geboten, aber dieses Mißtrauen verlange nicht ein sofortiges Handeln, es könne sich ebenso in Abwarten und Zurückhaltung zeigen. So sei es z. B. unnötig, sofort eine Revision des Vertrages von Sevres ins Auge zu fassen. Der gegenwärtige Vertrag sei unwirksam, da er noch nicht ratifiziert sei. Man solle ihn daher einstweilen noch nicht ratifizieren und auch die Türkei noch nicht zu einer Ratifikation drängen.

Andererseits, so berichtet das Blatt, vertrete Frankreich den Standpunkt, daß der Vertrag von Sevres selbst solange er noch unwirksam sei, in Europa und

Wissen eine Anzahl wichtiger Probleme aufwerfen, über die sich London und Paris sofort verständigen müßten.

Giolitti geht nicht nach London.

Der italienische Ministerpräsident Giolitti antwortete auf die Einladung Lloyd Georges, daß es ihm angesichts der Parlamentstagung nicht möglich sei, seine Einladung zur Konferenz in London anzunehmen. In seiner Stelle wird sich der Außenminister Graf Sforza nach London begeben. Er wird voraussichtlich am Montag an den Beratungen teilnehmen können.

„Hochwichtige Beschlüsse!“

Neben dem griechischen Problem soll nach Pariser Pressenmeldungen vor allem die Frage der Wiederaufnahme des englischen Handelsverkehrs mit Rußland und der deutschen Wiederherstellung erschöpfend behandelt werden. Auch die Londoner Blätter bereiten auf „hochwichtige Beschlüsse“ vor, u. a. soll auch die Entscheidung über die Volksabstimmung in Oberschlesien fallen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. November 1920.

— Nach dem Vergleich vom 22. Januar 1920, der jetzt von der Landesversammlung genehmigt werden soll, ist für den Kronprinzen und seine Gemahlin nur der für sie beide erbaute und nach der Kronprinzessin benannte „Cecilienhof“, nicht aber auch Homburg und das Marmorpalais bestimmt.

— Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstage den angekündigten Gesetzentwurf zur Ergänzung und Regelung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen vorgelegt.

— Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Meher, ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

— Als Nachfolger des zum diplomatischen Vertreters der Kurie beim Deutschen Reich ernannten bisherigen Nuntius in München, Monsgr. Pacelli, ist der Nuntius in Buenos-Aires, Basilio di Correggio, ausgereisen.

— Die Bremer Bürgerschaft hat den Antrag der Unabhängigen auf Auflösung der Stadtwehr gegen die Stimmen der Rechtsparteien und der Demokraten angenommen.

Deutschen-Ausweisung aus Eupen und Malmedy.

Nach Meldungen westdeutscher Blätter hat der belgische Oberkommissar General Baltia für die Kreise Eupen und Malmedy eine Verfügung erlassen, derzufolge die deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 1. August 1914 und vor dem 20. September 1920 sich in den beiden Kreisen niedergelassen haben, innerhalb eines Monats erklären müssen, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Tun sie das nicht, oder wird ihr Gesuch um Aufnahme in den belgischen Untertanenverband abgelehnt, so müssen sie das Land innerhalb eines Jahres verlassen. — Die Internationalisierte Kommission in Koblenz hat einer Verordnung des französischen Militärbehörden im besetzten Gebiet, daß zureisende Deutsche sich nicht länger als 20 Tage in von Franzosen besetzten Orten aufhalten dürfen, ihre Genehmigung verweigert. Es besteht also im besetzten Gebiet nach wie vor keine Aufenthaltsbeschränkung.

— Wieder eine deutsche Zeitung in polnischer Hand. Die deutsche „Gazetka Polska“ sah sich infolge der Schließung des deutsch-polnischen Pressedienstes zum Verkauf an Polen gezwungen. Von 41 deutschen Blättern sind seit dem 20. Januar 19 eingezogen oder in polnische Hände übergegangen.

— Der bayerische Ministerpräsident in Berlin. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr hatte während seines Aufenthalts in Berlin Gelegenheit, über die ihn bewegenden Fragen mit allen hierfür in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu sprechen. Am Donnerstag hatte er dem englischen Botschafter Lord Kilmarock und dem General Malcolm, am Freitag dem General Pollet einen Besuch abgestattet, im Laufe des Tages besprach er sich mit verschiedenen Parteiführern des Reichstags, am Abend fand eine Konferenz in der Reichskanzlei statt, an der außer dem bayerischen Ministerpräsidenten u. a. der Reichskanzler Lehrenbach, der deutsche Botschafter in Paris

Dr. Meher, der Vertreter des auswärtigen Dr. Stomons und der Entwaffnungskommissar Dr. Peters teilnahmen. Es ist zu hoffen, daß die eingehende gegenseitige Aussprache zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und den zuständigen Persönlichkeiten des Reichs das schwierige Problem der Einwohnernewehre, das in der letzten Zeit die Deffektivität in so hohem Maße beschäftigt hat, einer beide Teile befriedigenden Lösung entgegengeführt wird. — Der Landesverband Bayern des Hanf-Bundes hat an das bayerische Ministerium eine Kundgebung gerichtet, in der die dringende Bitte ausgesprochen wird, an der Erhaltung der Einwohnernewehre auch weiterhin mit aller Entschiedenheit festzuhalten.

— Zentrum und christliche Gewerkschaften. An die Rede des preussischen Wohlfahrtsministers Stegerwald auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen sind mancherlei Kommentare angeknüpft worden, die von einer Spaltung der Zentrumsparthei und der Gründung einer neuen nationalen Arbeiterparthei wissen wollten. Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, glaubt demgegenüber versichern zu können, daß eine Loslösung vom Zentrum, etwa durch Gründung einer neuen Partei, von keiner Seite beabsichtigt werde. Das Blatt teilt weiter mit, daß bei der Tagung des Landesauschusses der preussischen Zentrumsparthei am 12. und 13. Dezember die Angelegenheit für Preußen werde erörtert werden. Gleichfalls sei darauf aufmerksam zu machen, daß vom Reichsausschuß der Zentrumsparthei eine Kommission zur erneuten Durchführung und Ausgestaltung des Zentrumsprogramms eingesetzt worden sei. Die Beratungen dieses Ausschusses würden sich voraussichtlich ebenfalls auf diese Frage erstrecken. Das Ergebnis der Beratungen solle dann dem zweiten Reichsparteitag des Zentrums vorgelegt werden, der in einigen Monaten stattfinden dürfte.

— Annahme der preussischen Verfassung. Die Preussische Landesversammlung hat am Freitag die entscheidenden Bestimmungen des Verfassungsentwurfs in dritter Lesung angenommen. Die Uebergangs- und Schlußbestimmungen sollen am Dienstag erledigt werden. Aus dem Inhalt der neuen Verfassung sind besonders hervorzuheben die Bestimmungen über den Staatsrat. Er geht hervor aus den Provinzen und zwar wählen die Provinziallandtage für je 500 000 Einwohner einen Vertreter in den Staatsrat. Dieser hat das Recht, vom Landtag beschlossene Gesetze zu beanstanden oder eine Volksabstimmung über die Landtagsauflösung herbeizuführen. Gilt der Landtag einen beanstandeten Beschluß mit Zweidrittelmehrheit aufrecht, so wird er ohne weiteres Gesetz. Ergibt sich im Landtag bei der wiederholten Abstimmung nur eine einfache Mehrheit, so muß er, wenn er den Widerstand des Staatsrates brechen will, eine Volksabstimmung herbeiführen. Der Staatsrat tritt erst in Kraft, wenn Neuwahlen zu dem Provinziallandtag nach dem neuen Gesetz durchgeführt sind. Auch zu den Kreisparlamenten wird gleichzeitig das direkte und gleiche Wahlrecht eingeführt.

Rundschau im Ausland.

— Die Warschauer Regierung protestiert in einer nach Moskau gerichteten Note gegen die Verschleppung der Rigaer Friedensverhandlungen durch die bolschewistische Delegation.

— Der Völkerbund hat die Aufnahme des Fürstentums Montenegro wegen seiner geringen territorialen Bedeutung abgelehnt.

— In der Unterkommission des Völkerbundes wurde über die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs eine Einigung erzielt.

— Nach Meldungen aus Belgrad werden General Wrangel und ein Teil der Militär- und Zivilflüchtlinge aus der Krim nach Südrussland kommen.

— Nach einer Meldung aus Remscheid sind alle, die während des Krieges verurteilt wurden, weil sie als Chemikanten keinen Militärdienst leisten wollten, nach zweijähriger Haft entlassen worden.

— In Chile kam es an zahlreichen Orten zwischen Bergarbeitern und Militär zu schweren Zusammenstößen.

England gegen den obereschlesischen Stimmrechtsstreik.

Laut „Echo de Paris“ teilt die englische Regierung den Standpunkt Frankreichs in der obereschlesischen Frage mit. Das englische Kabinett habe zwei französische Noten abgelehnt, nämlich die erste, daß die nur zufällig in Oberschlesien geborenen Deutschen an der Abstimmung nicht teilnehmen sollen; die zweite, daß die „Invasion“ von 300 000 in Oberschlesien geborener Deutschen die Ordnung und Ruhe bedrohe und daß deshalb eine Verstärkung des Truppenaufgebots notwendig sei. Lloyd George habe erklärt, der Vertrag müsse buchstabengetreu angewendet werden, und die öffentliche Ruhe und Ordnung sei nicht gefährdet.

Aus Stadt und Land.

— Vom Krankenlager der Kaiserin. Das Befinden der Kaiserin weist eine weitere geringe Besserung auf. Die anwesenden Kinder des Kaiserpaars konnten die Mutter sprechen. Die Herzogin von Braunschweig unterstützt den Kaiser bei der Pflege der Kaiserin. Der Kronprinz ist wieder nach Wieringen abgefahren. Prinz Walbert reist morgen von Doorn ab.

— Stiftung zur Förderung der Wissenschaft. Der Aniversität Heidelberg sind wieder große Zuwendungen gemacht worden. Die größten hiervon sind die Stiftung von einer halben Million durch den Jubilanten Fritz Behringer aus Bielefeld. Zur Ausdehnung der wissenschaftlichen Einzelforschung wurde eine Stiftung von anderer Seite in Höhe von 192 000 Mk. gemacht. Fabrikant Behringer wurde zum ersten Ehrenbürger der Roberto Carola ernannt. Die Würde des akademischen Ehrenbürgers ist neu. Sie wurde zum ersten Male im Sommer ds. Js. von der Universität Rostock verliehen.

— Felsbrunn auf dem Mont Blanc. Der Gipfel der Kalpyramide, die den höchsten Punkt des Mont Blanc bildet, hat sich aufgelöst und eine Riesenslawine verursacht, die in die Tiefe abstürzte. Felsblöcke und Schneemassen haben einen ganzen Tannenwald mit sich gerissen. Die Massen blieben jedoch wie ein Wunder vor dem italienischen Orte Courmayeur stehen. Es werden „innerhalb Personenunfälle“ gemeldet.

Volkswirtschaftliches.

— Der Weltgetreidemarkt. Die Preisberichtsstelle des Deutsch. Landwirtschaftsrats berichtet über die letzte Woche: Der Weltmarkt hat in verfloßener Woche weiter feste Haltung beibehalten, nur hin und wieder durch trügerische aber schnelle Erholung unterbrochen. Die Situation für Weizen erscheint in Amerika allen Nachrichten zufolge vorläufig recht klar. Das Geld ist teuer und die schärfen Rückgänge der Preise veranlassen Schwierigkeiten bei der Beilegung der Ware, wodurch viel spekulativ zurückgehaltenes Material an den Markt kommt. Demgegenüber macht es sich um so fühlbarer, daß die Europäer drüben vorläufig nichts zum Export laufen, und zwar tritt das ebenso in den Vereinigten Staaten wie in Kanada in Erscheinung. Die Parole Europas ist, vorläufig sich möglichst mit der eigenen Ernte zu behelfen und vom Weltmarkt erst zu kaufen, wenn auch der jetzt im Schnitt befindliche Weizen Argentiniens und Australiens zur Verfügung steht und dem nordamerikanischen Konkurrenz macht. Bis jetzt hat man von Verkäufen dieser Länder noch nichts gehört, doch lauten die weiteren Meldungen über die Ernteverhältnisse in den Tropenländern, wo man im Norden schon Ergebnisse vor sich hat, fortgesetzt gut. Bemerkenswert ist demgegenüber, daß von Australien trotz der fortwährend günstig gewordenen Witterung Schätzungen der Ernte kommen, die durchaus nicht mit der früheren Ueberschätzung übereinstimmen.

— Die nächste deutsche Danzei findet vom 18. bis 18. März in Königsberg statt.

— Berlin, 27. Novbr. (Börse.) Die Börse zeigte bei Wochenabschluss eine ruhige Haltung angesichts der dauernden Baisseanforderungen. Die Reichsmarkt erfuhr wieder eine kleine Besserung entsprechend der neueren Abschwächung der ausländischen Zahlungsmittel. Deutsche Zwanzigmargoldstücke kosteten 275–280 Mark. Sparprämienanleihe mit 89 Prozent unverändert.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

33) (Nachdruck verboten.) Es war ein schneller Gedanke daran, daß gestern Abend die Agraffe aus dem Brautkranz der Donna Isabella Gonzalez gefunden war, aus welcher die Steine gewaltsam herausgebrochen waren. Gehört dieses Splitterchen zu den geraubten Brillanten? Sie erinnerte sich genau, daß Mister Stokes mit Donna Isabella getanzt hatte. Und beim Tanz war für einen geschätzten Angehörigen der Liebesgattung alle Möglichkeit gegeben gewesen, sich der Agraffe zu bemächtigen. Mister Stokes, Baron von Hellberg, Dr. Heller, es waren alle drei ein und dieselbe Person. Sie hätte gar nicht mehr den Beweis zu suchen brauchen, an dem sie vorhin in ihrem Zimmer gearbeitet hatte. Der falsche Mister Stokes hatte ihre Briefe an Dr. Heller, die er jeden Abend mit zum Bahnhof nahm, gleich hier beantwortet, die Antwort dann an seinen Helfershelfer nach Köln geschickt, der sie sofort zurück schickte. Das war die Lösung.

Alara schüttelte die Schwäche, die sie augenblicklich wieder überkommen wollte, ab, sie hatte ja an der Gewißheit nicht mehr gezweifelt, und ihre forschenden Augen richteten sich wieder auf den Kamin, der nur als Hiertisch dastand, denn das Zimmer hatte, wie alle Räume der „Eisernen Krone“, Zentralheizung.

Die zart getönten Kacheln des Kamins wiesen allerlei Verzierungen auf, unter denen sich besonders kunstvoll ausgeführte Rosen befanden. Sie waren blaurosa, nur auf einer Kachel war eine tiefrote Blume. Kein mechanisch strich Alara darüber hin und fühlte plötzlich die Kachel unter ihren Fingern bewegen. Sie untersuchte ihren Fund genauer und erkannte, daß sich an dieser Stelle eine geheime kleine Höhlung befand, die augenscheinlich entweder als Spielerei anbracht, oder noch wahrscheinlicher, nachträglich eingefügt war. Sie vergaß ganz, daß der Baron von Hellberg jeden Augenblick eintreten konnte, und operierte so lange, bis ihr der Mechanismus klar war.

Dann holte sie heraus, was hier verborgen lag: eine ganze Hand voll Edelsteine, eine Anzahl Tausend-

marksteine und — ihre eigenen Briefe, die sie an Dr. Heller in Köln geschrieben und dem vermutlichen Mister Stokes übergeben hatte.

Mit einem Stöhnen, das nichts Menschliches mehr an sich hatte, sank sie in die Knie und preßte die glühende Stirn an die kalten Kaminsteine. Da war eher, als sie es gedacht hatte, der letzte Beweis für die Schuldfrage in ihren Händen: Der Freund des Dr. Heller, von dem er selbst erzählt hatte, daß dieser zu einem Betrüger gegen alle Menschen geworden war, der war er selbst. Und als dieser vornehme und nicht beargwöhnte Verbrecher trug er den Namen Baron von Hellberg, der auch wohl sein wirklicher Name war. Seine Kunst der Maske und der Darstellung anderer Menschen ließ ihn dann bald diesen, bald jenen Namen wählen. Und so war er auch als Mister Stokes aufgetreten. Und seine Meisterhaftigkeit im Täuschen war so groß gewesen, daß sie selbst, seine Braut, lange nichts gemerkt hatte und bis zuletzt noch immer im Unklaren geblieben war.

Darum also bestand der Baron von Hellberg darauf, stets wieder dies Zimmer Nr. 19 zu erhalten. Hier war sein Versteck, in dem er alles verbarg, was bei sich zu führen verhängnisvoll für ihn werden konnte. Er war ganz sicher, daß das unrechtmäßige Gut, das er sich angeeignet hatte, hier unbeachtet und unentdeckt zu seiner Verfügung bliebe, er brauchte nichts zu befürchten, denn der Kamin stand nur als Schmuckstück und Zimmerzierde da und konnte nicht mehr zu Heizungszwecken benutzt werden.

Alara hörte draußen Schritte. Es war ihr gleich, ob jemand eintrat, aber unwillkürlich deckte sie ihre Schürze über die dem Versteck entnommenen Schätze. Es klopfte und der Altkoch trat ein.

„Fräulein, der Zug von Hannover, mit dem der Herr Baron von Hellberg kommen wollte, hat eine Stunde Verspätung. Der Chef hat mich beauftragt, Ihnen das zu bestellen.“

„Es ist gut“, versetzte Alara, ohne das Gesicht zu erheben. „Ich besorge schon noch, was hier zu tun ist.“

Der Junge verschwand, nicht ohne noch einen verwunderten Blick auf das am Boden liegende Fräulein

zu werfen. Was es auf dem Teppich zu säubern gab, war doch die Arbeit des Stubenmädchens und ging das Fräulein nichts an.

Als er fort war, erhob sich Alara und legte alles in die geheime Höhlung im Kamin zurück. Nur einen Blick warf sie noch auf die Nummern der Tausendmarksteine. Es waren diejenigen der dem Grafen von Todmines entwendeten Banknoten, die sie genau im Gedächtnis hatte. Und dann betrachtete sie noch einen von einem Brillantenkranz umgebenen funkelnden Rubin. Das war wohl der aus der Agraffe gebrochene Schmuckstein, der das Haupt von Isabella Gonzalez an ihrem Hochzeitstag geziert hatte.

Sie legte alles an den früheren Platz zurück. Die rechtmäßigen Eigentümer würden natürlich wieder in den Besitz der geraubten Kostbarkeiten gesetzt werden, aber das würde sich ja bald finden. Jetzt war der Stein im Rollen, und niemand würde ihn mehr aufhalten können.

Was weiter geschah, mußte sich von selbst herausstellen. Und wenn sie die Hände in den Schoß legte und untätig blieb, jetzt mußte Bollhardt schon zu viel lange konnte es nicht mehr dauern, dann kam auch er auf die rechte Spur. Die Aussicht, mit der Entdeckung des Diebes in der „Eisernen Krone“ Rizzo Almers Hand zu erringen, mußte seinen Krone verdoppeln. Und wenn hier dem Baron von Hellberg das Handwerk gelegt wurde, dann war auch für seine Helfershelfer die Stunde der Vergeltung nahe. Eines, dachte Alara, blieb nur für sie zu tun übrig, zu verhindern, daß jemand erfährt, wie schwer sie von diesem vermeintlichen Dr. Heller getäuscht worden war. Das war ihrem Stolz unerträglich. Die Welt durfte nicht wissen, daß die schöne Alara Brandt die Braut eines raffinierten Verbrechers geworden war, den sie geliebt hatte.

Diese Liebe hatte sie in dieser Viertelstunde aus ihrer Seele herausgerissen. Es war ein schneidender, fast körperlicher Schmerz gewesen, aber er hatte ertragen werden müssen. Und sie meinte, dagegen müsse die letzte Aufgabe leicht sein, zu verhindern, daß jemand erfährt, — ihr Bräutigam wirklich war.

(Fortsetzung folgt.)

Verlin, 27. Novbr. (Warenmarkt.) Mais: 25-27, Roggen 25-27, Weizen 25-27, Hafer 25-27, Gerste 25-27, Kleber 25-27, ...

Totales.

Ende des Militärpasses. Immer mehr und mehr schwinden die Einrichtungen des früheren deutschen Heeres, auch der Militärpass ist jetzt zu Grabe getragen. Er galt bisher als ein wichtiges Ausweis-

Wohltätigkeitskonzert. Die Veranstaltung des Reichsbundes der Kriegsschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen im Saalbau zum Adler verlief in schönster Weise. Der hiesige Musikverein, der mit seinen Leistungen auf der Höhe steht, trug mehrere Musikstücke vor und erzielte wohlverdienten Beifall.

Die erste Lichtbildpredigt in der evangelischen Kirche am Sonntag Abend verlief in außerordentlich schöner und würdiger Weise, wenn auch die zahlreichen erschienenen Jugend etwas mehr Ruhe hätte halten können.

26. November d. J. 25 Jahre ununterbrochen bei oben genannter Dame tätig war. Eine kleine stimmungsvolle Feier im engeren Kreise beschloß den seltenen Tag.

Eingelandt.

Auf Ihr Eingelände in Nr. 135 betr. Kartoffelverformung wird erwidert, daß die Haßgefänge, die seit 2 Jahren das arme Deutschland durchjagen heute nicht mehr angebracht sind und auch keine Wurzel mehr fassen können.

Wetterbericht.

1.-2. Nachts Sturm im Gebirge Schneefall im Tiefland stürmisches Regentwetter, wenig Sonnenschein.

Bekanntmachungen.

Betrifft: Ausgabe von Kartoffeln! Morgen Mittwoch, den 1. Dezember d. J., vormittags von 8-1 Uhr werden im Gemeindegarten in der Schule in der Hoffstraße hier selbst Kartoffeln ausgegeben.

Betrifft: Abholung der Kinder- und Krankenzuckerarten. Die abgegebenen Kinder- und Krankenzuckerarten können ab morgen Mittwoch (jedoch nur vormittags von 8 bis 1 Uhr) im Rathaus hier selbst Zimmer No. 3 wieder in Empfang genommen und dann sofort der Zucker bei R. Presber, Wiesbadenerstr. abgeholt werden.

Betr. Verteilung von Stearinkerzen! Die Gemeinde hat eine Menge gute Kerzen besorgt und zwar insbesondere für diejenigen Haushaltungen, welche Wohnungen ohne Gas- oder elektrisches Licht haben.

Das Kreisarchiv hat noch einen Bestand von etwa 650 meter gemusterten Stoffen im Preise von 60-100 Mk. das Mtr. Auf Anforderung kann davon an die Kreisbewohner abgegeben werden.

Wiesbaden, den 25. November 1920. Der Vorsitzende. J. B. Dieser.

Wird veröffentlicht mit dem Anfügen, daß die Stoffe bei dem Kreiswohlfahrtsamt zu Wiesbaden bestellt werden können.

Gebührenordnung für Hebammen. Auf Grund des § 1 des Gesetzes, betreffend die Gebühren der Hebammen vom 10. Mai 1908 (G. S. S. 103) ist für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden, mit Ausnahme des Stadtkreises Frankfurt a. M. folgende Gebührenordnung fest:

§ 1. Den Hebammen (§ 30, Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung) stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen mangels anderweitiger Vereinbarungen, Gebühren nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.

des einzelnen Falles, insbesondere nach der Schwierigkeit und Zeitdauer der Leistung und nach der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen zu bemessen.

§ 4. Die in den folgenden Nummern 1-10 bezeichneten Leistungen unterliegen, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 5 dieser Gebührenordnung, nachstehenden Gebühren:

- 1. Für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 20-50 Mk. für jede folgende Stunde 2 bis 6 Mk.
- 2. Für den Beistand einer Zwillinggeburt, einer reitwärtigen Geburt einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eklampsie, mit Lösung der Nachgeburt oder mühsamer Wiederherstellung des Kindes verbundenen Geburt erhöht sich der Satz zu 1 auf: 30-70 Mk.
- 3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr in 1 und 2 um 8-10 Mk.
- 4. Für den Beistand einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Placenta für die Dauer bis zu 6 Stunden 10 bis 30 Mk. für jede folgende Stunde 2 bis 5 Mk.
- 5. Für jeden nach Maßgabe des Hebammenlehrbuchs vorgeschriebenen Wochenbesuch einschließlich der dabei folgenden Untersuchungen und Verrichtungen, wie Auskultationen, Rhythmisieren, Kathetrisieren, Baden und Wickeln des Kindes, bei Tage 2-4 Mk. bei Nacht das Doppelte.
- 6. Für jeden sonstigen Besuch einschließlich der dabei erfolgten Untersuchungen und Verrichtungen: 2-4 Mk. bei Nacht das Doppelte.
- 7. Für eine Tagwache, außerhalb der Zeit der Geburt, einschließlich der Besuchsgebühr: 10 bis 20 Mk. für eine solche Nachtwache 20 bis 40 Mk.
- 8. Für ein Ratertellern einschließlich der Untersuchung in der Wohnung der Hebamme bei Tage: 2-6 Mk. bei Nacht das Doppelte.
- 9. Für eine schriftliche Bescheinigung außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 2 Mk.
- 10. Für die Bescheinigung für werdende Mütter zur Erhaltung der Nahrungsmittelzulage einschließlich Untersuchung: 2-6 Mk.

§ 5. Den in Wiesbaden und Viehbach a. Rh. tätigen Hebammen stehen für ihre berufsmäßigen Leistungen, mangels arztärztlicher Vereinbarungen, an Stelle der in § 4, Ziffer 1 bis 10, festgesetzten, folgende Gebühren:

- Ziffer 1: 60-200 Mk. und 3-6 Mk.
- Ziffer 2: 75-250 Mk.
- Ziffer 4: 20-80 Mk. und 3-6 Mk.
- Ziffer 5: 4-10 Mk. und das Doppelte bei Nacht.
- Ziffer 7: 20-40 Mk. für die Tagwache, das Doppelte für die Nachtwache. Ziffer 8: 3-8 Mk.

Den Hebammen in Höchst a. M., Nied. Oriesheim a. M., Schwanheim und Sossenheim steht ein Zuschlag von 25 Proz. zu den Sätzen des § 4 zu.

§ 6. Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

§ 7. Bei Verrichtungen in Häusern, die mehr als 2 Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme, falls nicht freies Fuhrwerk gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg entweder die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fuhrwerk oder 60 Pfg. Begehrer für jeden zurückgelegten Landweg od. die Fahrkosten der 3. Wagenklasse bei Benutzung der Eisenbahn oder der Fahrpreis der Straßenbahn bei deren Benutzung zu erstatten.

Im übrigen sind der Hebamme die baren Auslagen für die bei der Verrichtung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe, sowie Gerätschaften die wegen besonderer Umstände nach Anordnung des Kreisarztes vernichtet werden müßten, soweit Desinfektionsmittel, Verbandstoffe und Geräte nicht aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden, zu ersetzen.

§ 8. Diese Gebührenordnung tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gebührenordnung vom 29. September 1908 nebst Nachträgen wird aufgehoben. Wiesbaden, den 4. 10. 1920.

Der Regierungspräsident. Wiesbaden, den 30. November 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

In allen Steuerangelegenheiten, Reklamationen u. s. w. erteilt Rat und Hilfe Dr. C. Schäfer, Treuhändler (Steuerberater) Wiesbaden, Capellenstr. 12.

Kofal-Gewerbeverein Bierstadt.

Einladung

Der für den verflochtenen Samstag angekündigte Vortrag über die neuen Reichssteuern, gehalten von Herrn Steueranwalt Dr. Schäfer aus Wiesbaden findet nunmehr am Donnerstag, den 2. Dezember im Gasthaus zum Bären, abends 7 1/2 Uhr und zwar im unteren Kofale statt.

Der Vorstand.

Aufruf an die deutschen Landwirte!

Betrifft: Eindeckung von billigen Kartoffeln
für die bedürftigen Invaliden und Witwen Deutschlands.

Die Not und das Elend der Invaliden, Witwen und Hinterbliebenen haben unsaßbare schwere Formen angenommen. Die Invaliden sind infolge ihrer körperlichen Leiden und manchen Körperkräfte zu einem großen Teil aus dem Arbeitsmarkt ausgeschaltet. Es ist ihnen nicht möglich, sich einen einigermaßen ausreichenden Lebenserwerb zu sichern. Zudem sind die Rentensätze angesichts der jetzigen allgemeinen Teuerung sehr traurige. Ein erwerbsunfähiger Invalidenrentner erhält i. d. Teuerungszulagen nur 42-50 Mk. monatlich. Die Alters- und Unfallrentner sind im Durchschnitt nicht besser, die Witwen und Hinterbliebenen noch schlechter gestellt. Zum großen Teil sind all diese Kreise auf die Armenpflege angewiesen und dürfen die Bedürfnisse der Armenpflege unter Anrechnung der Renten und Einkommen durchschnittlich 100 Mk. monatlich nicht übersteigen. Mit dem geringen Einkommen kann kein Mensch zurechtkommen und bedeutet dieser Zustand für die Beteiligten ein Hungern und Darben ohne Ende.

An-sichts des kommenden Winters ruhen wir alle Mitmenschen auf, für unsere Leidensgefährten und Witwen, die am allererschlichsten gestellten Volksgenossen, die Versorgung mit Kartoffeln zu billigen Preisen sicherzustellen. In einigen Gegenden Deutschlands haben sich bereits Landwirte bereit erklärt, Kartoffeln zu einem Preise von 10 Mk. per Zentner an unsere Kreise zu liefern. Wir richten an alle warmherzig denkenden und mitfühlenden Landwirte Deutschlands den dringenden Appell, dies in schönen Beispiel zu folgen.

Wir ersuchen die Landwirte und die landwirtschaftlichen Organisationen, die für uns verfügbaren Mengen Kartoffeln unter Anrede des ermäßigten Preises unserer Zentral- in Frankfurt a. M. aufzugeben, es wird dann Nachricht gegeben, wo die Kartoffeln gegen Bezahlung abgenommen werden können. Unsere Organisation und deren Ortsgruppen werden unter Mitwirkung der Wohlfahrtsbehörden eine Verteilung an alle bedürftigen Leiden- und Schwachen vornehmen.

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands.

geg.: Joh. S. Lüneburg.

geg.: W. Steffes.

Frankfurt a. M., Wohlfahrtsamt Zimmer 68.

Bekanntmachung.

Zwecks Auftrags des Amtsgerichts zu Wiesbaden vom 8. November 1920 werden die dem Dr. med. Kurt Müller zu Wiesbaden gehörigen, im Grundbuch von Bierstadt Band 53, Blatt 1510 eingetragenen Grundstücke als:

a)	Kartenblatt 55, Parz. Nr. 43,	Alter „Warte“,	2. Gew., groß	8 ar, 25 pm.
b)	50, „ „ 5,	„ Erkelsborn,	2. „ „	12 „ 99 „
c)	55, „ „ 41,	„ Warte	2. „ „	12 „ 15 „
d)	55, „ „ 230/142	„ Hainer	1. „ „	12 „ 62 „
e)	55, „ „ 231/142	„ Hainer	1. „ „	12 „ 70 „
f)	55, „ „ 42	„ Warte	2. „ „	7 „ 97 „
g)	58, „ „ 44	„ Weinreb	5. „ „	9 „ 04 „
h)	58, „ „ 84	„ Rehl	2. „ „	2 „ 28 „
i)	58, „ „ 81	„ Rehl	2. „ „	5 „ 81 „
k)	58, „ „ 83	„ Rehl	2. „ „	3 „ 15 „
l)	58, „ „ 80	„ Rehl	2. „ „	12 „ 31 „
m)	10. „ „ 50	„ Rappenberg	1. „ „	6 „ 05 „
n)	10. „ „ 49	„ Rappenberg	2. „ „	3 „ 03 „
o)	58. „ „ 65	„ Rehl	2. „ „	4 „ 29 „
p)	58. „ „ 92	„ Rehl	2. „ „	7 „ 98 „

am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, nachmittags 3 Uhr im Rathause zu Bierstadt öffentlich freiwillig versteigert. Die Versteigerungsbedingungen liegen in meinem Arbeitszimmer während der Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr vormittags zur Einsichtnahme offen. Dieselben werden im Termin bekannt gegeben werden.

Die Grundstücke a bis f incl. sind Spekulationsgrundstücke und diejenigen g bis p Baustücke.

Bierstadt, den 20. November 1920.

Der Ortsgerichtsvorsteher: Hofmann.

Prima Neu eingetroffen!

Prima

Kuchenbackmehl

Prima
Landerbsen 2⁵⁰
pro Pfund nur Mk.

Quäker Oats 4⁷⁰
1 Paket (1 engl. Pfd.) nur Mk.

Julienne 3⁰⁰
echt französ. Suppen pro Pfund nur Mk.

Prima braune, welchkoehende
Bohnen 2¹⁰
pro Pfund nur Mk.

Landesproduktenhaus

Bärenstrasse 7. Wiesbaden. Bärenstrasse 7.

Empfehle rein schmeckenden

Bohnenkaffee

Pfund 28.—, 30.— und 32.— Mk.

Cekes 1/4 Pfund 3,50 Mk.

Drogerie A. Lehmann, Fernsprecher 3267.

6 St. Nürnberger
Perchentauben

2 Paar Perchentauben
zu verkaufen.

Wiesbaden.

Dohlemerstrasse Nr. 30.
Fritz Breiter, Wirtsch.

Laudan

bleibt

Laudan

Zahle für
Kantafelle 5 Mk.
Feldhasenfelle bis 12 Mk.
Lumpen- und
Eisenzentrale,
Bierstadt, Rathausstr. 12.

Schwein,
ungefähr 1 Jhr., auch schon für
Bucht zu verkaufen.
Wiesbadenerstr. 37.

Handfarren,
gut erh., zu verkaufen, auch Tausch
auf gut erh. Leiterwagen.
Bierstadt, Vordergasse 2.

Zwei trachtige
Ziegen

zu verkaufen, tausche auch
Schlachtziegen dagegen um.
Karl Laudan,
Rathausstrasse 12.

Generalvertreter
für konkurrenzloses Unternehmen
gesucht. Offert. u. L. G. 3659
an Ala-Datenstein & Co. gler,
Leipzig, erbeten.

Kleine Anzeigen
müssen bei Bestellung
gleich bezahlt werden.

Einkaufsgenossenschaft f. Kleintierzüchter

G. G. m. b. H.

Futtermittel

prima gebrochenen Mais für Hühner

Maisfutter

prima Maismehl

prima Schweizer Kleie

zu billigen Tagespreisen bei Lagerhalter Ködner, Langgasse 4.

Haus u. Grundbesitzer-Verein Bierstadt.

Eingetr. Verein.

Telefon 1232.

Achtung Hausbesitzer!

An unsere Mitglieder

und diejenigen, die es werden wollen!

Am Mittwoch, den 1. Dez., abends 7 Uhr spricht:
Herr Stadtr. H. Hartmann, Wiesbaden und
Herr Dir. G. Gramer, v. Hausbesitzerverein Wiesbaden
Thema: Die Notlage des Hausbesitzers
im Gasthaus zum Taunus (Bef. W. Gofmann, Wive.)
Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Kein Hausbesitzer soll fehlen.

Internationaler Bund der Kriegsoffer,
Deutschlands.

Ortsgruppe Bierstadt.

Samstag, den 4. Dezember 1920.

im Saalbau zum Varen (Besitzer Karl Friedrich)

Wohltätigkeitsabend

zum Besten unserer Krieger-

witwen und Waisen.

unter glücklicher Mitwirkung der hiesigen Vereine und unserer
alt liebt Humoristen Paul Schäfer.

Wir laden die verehrl. Einwohnerschaft Bierstadts her-
zu herzlich ein und sichern allen Besuchern einige recht
genüßreiche Stunden zu.

Karten im Vorverkauf sind zu haben in der Drogerie
Arthur Lehmann. Gegenstände für die Verlosung bitten
wir in Anbetracht des wohltätigen Zweckes reichlich
stellen zu wollen und werden dieselben angenommen in
der Drogerie Arthur Lehmann, Wiesbadenerstrasse 4.
Dito Goshke, Blumenstr. 6, Emilhardt Hermannstr. 1.

Der Vorstand.

Zur Weihnachtsbäckerei

empfehle in stets frischer Ware:
Zitronenessenz und Mandelnessenz in Gläsern à 2.—
Vanillezucker in Päckchen à 50 Pfg.
Nelken, Zimt, Anis, Koriander, Pfeffer, Vanille in
Stangen, Backpulver verschiedener Sorten, Gustin,
Hirschhornsalz, Pottasche etc.
Backwachs Platte 1.— Mk.
Rosenwasser, garantiert reinen Bienenhonig Pfd. 24.—
Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Hauptbahnhof
Wiesbaden.

Auswärt. Kund. erhält b. Kauf ein Anzug
od. Paletots Fahrgeld b. zu 10 Mk. vergütet

Warum?

ich billig sein kann?

Weil ich per Jahr Tausende Spesen spare!
Weil ich Tausende an Ladenmiete spare!
Weil ich kein Ladenfenster habe, in welchem
mir Ware verschiesst oder verdirbt!
Weil ich nicht auf Kosten meiner Kundschaft
einen Geschäftsluxus treibe!
Weil ich längst eine feste Kundschaft habe,
die den grossen Vorteil erkannt hat!
Weil ich gross einkaufe und günstig dis-
poniere.
Deshalb kommen Sie zu mir, mein Herbst-
und Winterlager ist wieder gross
sortiert. Das Einfachste und
Kostbarste konkurrenzlos billig

Herbst- u. Winter-
mäntel, neueste
Formen und Farben
Ulster, Paletots,
Sportpaletots.

Herren-Anzüge
Jüngling-Anzüge
Loden-Joppen
Gumm-Mäntel.

Arbeits- und Sonntagshosen
Erstes Mainzer Monats-Garderobenhaus
Schusterstrasse 34, I. Schusterstrasse 34, I.
Kein Laden. Kein Laden.
Achten Sie genau auf Hausnummer 34.

Prinzip: Kleinste Spesen!
Kleinster Nutzen.